

Motion

Proposer: Matteo Gmür (JUSO Linth-Sarganserland)

Title: **A1-DE-241: Freihandel und Protektionismus:
Globale Ausbeutung in Zeiten von Faschismus
und Wirtschaftskrisen**

Motion text

From line 241 to 287:

Trumpismus heisst Neoliberalismus

Mit dem von Donald Trump begonnenen Zollkrieg wurde von manchen Beobachter*innen das Ende des Neoliberalismus und des globalen Freihandels ausgerufen. Zwar verfolgt die Trump-Regierung eine stark protektionistische Handelspolitik, doch mit einer tatsächlichen Abkehr vom neoliberalen Wirtschaftsmodell hat dies wenig zu tun. Vielmehr dient diese Strategie dem Versuch, die globale Vormachtstellung der Vereinigten Staaten zu sichern.

Trump und führende Vertreter*innen der MAGA-Bewegung schüren gezielt das Narrativ, die USA seien von anderen Ländern wirtschaftlich „ausgenutzt“ worden, und führen dafür vor allem Handelsdefizite an. Dabei wird ausgeblendet, dass viele US-Konzerne ihre Produktion selbst in Länder des Globalen Südens verlagert haben, um von niedrigeren Löhnen und schwächeren Regulierungen zu profitieren. Gleichzeitig nutzten einige asiatische Staaten — insbesondere China — die Integration in den Welthandel, um ihre eigene industrielle Basis auszubauen und wirtschaftlich aufzuholen.

Trumps handelspolitische Agenda zielt daher vor allem darauf ab, Produktionskapazitäten in die USA zurückzuholen und die geopolitische Konkurrenz mit China zu verschärfen. Seine Politik verbindet neoliberale Unternehmensinteressen mit

nationalistischen und protektionistischen Maßnahmen. Eine grundlegende Veränderung der globalen Wirtschaftsordnung bedeutet dies jedoch nicht. Vielmehr droht eine Verschärfung internationaler Handelskonflikte, während die strukturellen Probleme der globalen Ungleichheit unangetastet bleiben.

Trump bleibt dem Neoliberalismus treu, einfach mit einer Verschiebung des Schwerpunkts auf die heimische statt auf die globale Sphäre. Steuersenkungen für die Reichen und ihre Unternehmen, Reduktion der Staatsschulden und Austeritätspolitik für die breite Bevölkerung, natürlich bei steigenden Rüstungsausgaben, sind Programm. Er will den Staat zusammenkürzen und regelrecht auseinandernehmen. Gleichzeitig fallen Umwelt- und Gesundheitsvorschriften weg und der Finanzsektor wird weiter dereguliert. Mit seiner "Make America Great Again"-Strategie stösst Trump alle anderen Länder vor den Kopf, auch europäische Länder, die eigentlich zu den stärksten Verbündeten der imperialen USA gehören. Die EU-Länder befinden sich seit der globalen Finanzkrise 2008 selbstverschuldet auf dem absteigenden Ast. Um ihre Banken zu retten, mussten sie enorme Schuldenberge anhäufen. Um diese zu bezwingen, wird die Bevölkerung mit Austeritätsprogrammen drangsaliert, während die Militärausgaben auf der anderen Seite aber immer stärker ansteigen. Das Wirtschaftswachstum in Europa ist stagniert, die daraus resultierende Unzufriedenheit bietet Nährboden für die extreme Rechte. Die Antwort der Linken auf die derweil immer komplexer werdenden Krisen und geopolitischen Machtspielen auf dem Rücken der breiten Bevölkerung sind derweil unterkomplex. Die sozialdemokratische Linke weigert sich, eine konsequente Alternative zum Kapitalismus zu verfolgen. Um die gefährlichen Entwicklungen aufhalten zu können, muss die Linke aufhören, sich auf die langsame Verbesserung des Kapitalismus zu fokussieren. Ein System, das niemals auch nur annähernd den Interessen der globalen Bevölkerung dienen kann, gilt es nicht länger zu stützen.

Trumpismus das offensichtliche Gesicht des US-ImperialismusDer von Donald Trump begonnenen Zollkrieg mag auf den ersten Blick gegen die Interessen des US-Imperialismus als Urheber der neoliberalen Weltordnung wirken. Doch der globale Freihandel und die Bedingungen für seine Teilnahme waren schon immer so konstruiert, dass sie primär dem Westen dienen. Der Fokus lag darauf, die Industrialisierung von afrikanischer Länder rückgängig zu machen und jetzt immer noch aktiv zu verhindern. Doch der frühere Beginn der Industrialisierung vor der aktivsten Phase des globalen Neoliberalismus erlaubte es vielen asiatischen Ländern, eine Industrie aufzubauen, die trotz der Liberalisierung bestehen konnte.

Vor allem China baute mit seinem staatskapitalistischen Modell eine massive Industrie auf. Mit Handelsbeziehungen ausserhalb des US-Dollars und eigener Entwicklungsbank stellt China nun sogar eine Gefahr für die alleinige US-Hegemonie dar. Eine Welt, in der

die US-Hegemonie nicht primär vom Freihandel profitiert, ist eine Welt, in der sich die USA genau von diesen Institutionen entfernen. Dies ist keine neue Strategie im Weissen Haus, sondern zeigte sich auch unter der Präsidentschaft Joe Bidens, welche die unter der ersten Amtszeit Donald Trumps beschlossenen Zölle auf China erhöhte und mit dem „CHIPS and Science Act“ massive Subventionen für die staatliche Produktion von Mikroprozessoren beschloss.[8] Der Plan unter Trump bleibt derselbe: Produktionskapazitäten sollen in die USA zurückgebracht und die geopolitische Konkurrenz mit China verschärft werden.

Dieser intensive Fokus auf China zeigt sich auch durch das Abwenden von den europäischen Ländern, die zu den stärksten Verbündeten der imperialen USA gehören. Denn der Kampf der USA um die Bewahrung ihrer Hegemonie über die Weltwirtschaft bedeutet auch, dass sie weniger Ressourcen für die Verteidigung des imperialen Interesses Europas aufwenden können, wie am Beispiel der Ukraine ersichtlich wird. Stattdessen fokussiert sich die USA zunehmend auf die gezielte Schwächung oder Stürzung von Regierungen, welche die US-Hegemonie direkt stören. Dies erreichen diese Regierungen beispielsweise, indem sie einen grossen Teil ihres Öls außerhalb des US-Dollar-Systems verkaufen, wie es bei Venezuela oder dem Iran der Fall ist. Dies erklärt auch den extremen Druck der USA, mittels der NATO auf eine Aufrüstung Europas zu pochen, wobei die europäischen Staaten dem gerne Folge leisten. Denn die alte Weltordnung, in der die USA die alleinige Hegemonialmacht waren und militärische Interventionen im Sinne des westlichen Imperialismus durchführten, beginnt zu bröckeln. Um diese massive Aufrüstung in Europa jedoch zu finanzieren, werden die Klassenkompromisse der letzten 100 Jahre mit Austeritätsprogrammen Schritt für Schritt rückgängig gemacht. Genau diese Rückschritte und der daraus folgende Unmut liefern den perfekten Nährboden für die extreme Rechte.

Vor allem weil sich die sozialdemokratische Linke weigert, für eine konsequente Alternative zur Aufrüstung und Militarisierung der eigenen Bevölkerung zu kämpfen. Statt aufzuzeigen, welches Leid aus der alten Weltordnung entstand, und diesen Moment für einen Bruch mit dem System zu nutzen, wird mit dem Beharren auf Völkerrecht und der eigenen Militarisierung an genau dieser Ordnung festgehalten. Ein System jedoch, das niemals auch nur annähernd den Interessen der globalen Bevölkerung dienen kann, gilt es nicht länger zu stützen sondern zu stürzen.

Insert after line 436:

[8]: <https://www.congress.gov/bill/117th-congress/house-bill/4346>

Reason

Der alte Absatz liess es so erscheinen als ob Trump alleinig für den Isolationismus der USA steht anstatt aufzuzeigen, dass es sich um eine Verstärkung der schon vorherrschenden Veränderung aufgrund der bröckelnden US-Hegemonie handelt. Zudem wurde nicht genauer erwähnt, wodurch Ländern in Asien sich entwickeln konnte, welches im Kontext mit der verunmöglichten Industrialisierung von Ländern in Afrika dazu führt dass angenommen werden kann dass es die Ländern in Afrika auch mittels Liberalisierung schaffen könnten ihre Industrie zu entwickeln, wenn sie es nur wollten. Dies stärkt indirekt rassistische Narrative und bemötigt daher auch eine genauere Erklärung, welche diese mögliche Schlussfolgerung verhindert. Des weiteren wird nicht genauer erklärt warum Europa aufrüstet und auch nicht genauer erwähnt warum dies alleine der extremen Rechten dient. Um dies genauer zu erklären müssen diese Bestrebungen aber in die bröckelnde US-Hegemonie und den fehlenden Widerstand der Sozialdemokratie gegen genau diese Bestrebungen eingeordnet werden.

Supporters

Marcie (Juso Linth Sarganserland), Amon (Juso So), Andri Meyer (Juso Solothurn), Oliver Gurtner (Juso Baselland)